

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (bei Haus 2 RM, halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Güterbahnhofstr. 2 / Fernsprecher: 17 250 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 600, Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-Alt. Güterbahnhofstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 250 / Drahtschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

3. Jahrgang Freitag, den 2. Dezember 1927 Nummer 280

Solidarität mit den Eisenbahnern

Die Bewegung im Reich / Die Berliner Eisenbahner fordern Lohnkampf / Die Verbandsleitung in Dresden lehnt den Lohnkampf ab / Der Schlichter soll den Streik abwürgen / Das Preußenkonkordat vor dem Abschluß

Streik auch in Saarbrücken

Saarbrücken, 2. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)
Die Belegschaften der Eisenbahnwerkstätten und -betriebe in Saarbrücken und Uebach legten gestern geschloffen die Arbeit nieder, da die Regierungskommission sämtliche Forderungen der Eisenbahner ablehnte und provokatorisch niedrige Vorschläge zur Lohnregelung machte. Unter dem Druck der ungeheuren Erbitterung der Massen mußten die Gewerkschaftsführer den Streik unterkühlen. Der Anschluß der übrigen Eisenbahner und des Fahrpersonals im Saargebiet ist baldig zu erwarten.

Solidaritätsbewegung der Berliner Eisenbahner

Berlin, 2. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.)
Der Dresdner Kampf findet bei den Berliner Eisenbahnern ein lebhaftes Echo. In einer Funktionärsversammlung der Eisenbahner wurde allgemein die sofortige Einberufung einer Generalversammlung gefordert zur Beschlußfassung über sofortige Kampfmaßnahmen. Die Verbandsführer versuchen jedoch, jede Verbindung mit dem sächsischen Kampf zu verhindern.

Der Schlichter bereit

Erklärung des sächsischen Regierung zum Eisenbahnkampf.
Bei der gestern im Landtag stattgefundenen Beratung über vorliegenden Antrag zum Eisenbahnkampf gab der Geheimrat Michael für die Regierung folgende Erklärung ab:
Nachdem im Anschluß an die Entlassung mehrerer Arbeiter in den Werkstätten Dresden-Friedrichstadt auch Arbeiter der Betriebs- und Güterbahnhöfe in Dresden in den Streik treten wurden, hat sich das Wirtschaftsministerium mit der Reichsbahndirektion in Verbindung gesetzt und ist dabei besonders darauf eingetreten, daß die Differenzen zwischen Reichsbahndirektion und Belegschaft nicht zu schweren Schädigungen des Wirtschaftslebens führen. Die Reichsbahndirektion hat erklärt, es sei Sorge getroffen, daß durch die Arbeitsunterbrechung zumutbare Schäden für die sächsische Wirtschaft nicht entstehen könnten.
Was die Beilegung des Arbeitskonfliktes selbst anbelangt, so würde, falls die Beteiligten damit einverstanden wären, der Landeslichter bereit sein, die Einigung zu versuchen. Sein bereits vorgestern in dieser Richtung gemachter Vorschlag wurde zunächst mit dem Hinweis abgelehnt, daß noch unmittelbare Verhandlungen zwischen den Parteien im Gange seien. Diese Verhandlungen sind inzwischen gescheitert. Die Regierung wird auch weiterhin von allen Möglichkeiten Gebrauch machen, die sich für eine gütliche Beilegung des Streites bieten.

Sozialdemokratische Taktik ober Klassenkampf

Im Kampf der Eisenbahner zeigt sich schon ganz deutlich die Linie der reformistischen Gewerkschaftsführer. Noch ist der Kampf nicht zur vollen Entfaltung gelangt, und schon sind Gewerkschaftsbureaufürer und SPD dabei, den Kampf abzubrechen, der Bewegung Einhalt zu tun. Gerade in diesem Kampf zeigt sich die Verbundenheit der Gewerkschaftsbureaufürer und der Sozialdemokraten mit dem Staat. Was sind denn die Gründe der Bewegung? Die miserable Bezahlung der Eisenbahner, das Gehaltssystem an der Damesbahn führten zu der gewaltigen Empörung der unterdrückten Massen. Durch das System der Rationalisierung zur ununterbrochenen Heharbeit angetrieben, wurde die Arbeitslosigkeit weit über den Stand von 1913 hinaus gesteigert, während die Zahl der Arbeiter immer mehr abgebaut wurde. Durch langfristige Tarifverträge an einen Normallohn gekoppelt, der durch die steigende Teuerung ständig herabsinkt, steigt Not und Elend unter der Eisenbahnerchaft. Die Eisenbahner sind schließlich eine geduldige Arbeiterchaft. Lange duldeten sie die Angriffe der Damesbahn, bis an keine Taktik sie gebunden achtend, die Löhne der Arbeiter ständig vergrößerte. Seit Jahren sammelte sich zwar unter den Massen ein ständig wachsender Groll gegen das Anreizsystem und das Hungerlohn der Damesbahn. Doch lange geduldig ertrugen die Arbeiter diesen Druck.
Bis auch endlich die Eisenbahner wieder begannen, an ihren Ketten zu rütteln.
In Halle, in Magdeburg, in Chemnitz und Leipzig, und an vielen anderen Orten zeigt sich die Empörung. In Dresden brach der Kampf los, als die Generaldirektion einige Eisenbahner, die für Hungerlöhne, gegen das Hunger- und Anreizsystem auftraten, einfach auf die Straße warfen.
Die geschlossene Einmütigkeit des Kampfes zeigt, daß diese dreimal ausprobiert, was die gesamten Eisenbahner empfinden. Die Eisenbahner sehen in diesen drei Kollegen die Vertreter ihrer Forderungen. Weil diese Kollegen zum Kampfe gegen Hungerlohn und Heharbeit aufriefen, stehen die Eisenbahner hinter ihnen. Deswegen, weil sie die soziale Frage aufwarfen, steht die geschlossene Front der Eisenbahner.
Dieser Auftakt der Eisenbahnerchaft ist eine entschlossene Kampfparole gegen die Damesbahn. Die Eisenbahner wollen den Lohnkampf, den Kampf gegen das Anreizsystem. Neben der Solidaritätsfrage, die jetzt natürlich als die erste Frage steht, steht deren Verbindung mit dem Kampf um die Verbesserung der sozialen Lage. Weil diese Frage steht, weil diese Frage den gesamten Eisenbahner auf den Nägeln brennt, deswegen haben die kämpfenden Eisenbahner die breiteste Sympathie aller Kollegen. Das Fahrpersonal begrüßt diesen Kampf, die gesamte Arbeiterchaft sympathisiert mit den Kämpfenden. Führen doch die Eisenbahner den unmittelsbarsten Kampf gegen die Damesbahn und die Bürgerblockregierung. Fühlen doch die Arbeiter im Betrieb die gleiche Methode, wie die Arbeiter bei der Damesbahn.
Die arbeitsfriedliche Taktik der Gewerkschaftsbureaufürer bindet auch die Arbeiter auf lange Jahre an niedrige Nominallöhne, während der reale Wert des Lohnes ständig sinkt. Die tarifliche Bindung verurteilt die Arbeiter zu ununterbrochenem Hungerdasein. Während die Arbeiter formal an die Tarife gebunden werden, wird durch die Unternehmung der Tarif praktisch dadurch durchbrochen, daß sie die Arbeitsbedingungen verschlechtern, die Ausbeutung steigern.
Immer aber, wenn die Arbeiter den Kampf um Lohn-erhöhung fordern, wenn sie bereit sind, in den Kampf zu gehen, dann erklären die Gewerkschaftsführer, daß die Führung des Kampfes unmöglich, weil die Arbeiter durch Tarifverträge gebunden seien.
So wird jede Kampfkraft der Arbeiter unterbunden. Dieses Spiel wird jetzt auch mit den Eisenbahnern getrieben. Obgleich diese sehr stark den Willen zu einem großangelegten Kampf zeigten, lehnte die reformistische Führerschaft die Ausdehnung der Bewegung zur Lohnbewegung ab. Auf jeden Fall wollen die Gewerkschaftsbureaufürer eine Wendung des Solidaritätsstreiks zu einem Angriffskampf für die Verbesserung der Lebenslage der Eisenbahner verhindern. Ein solcher Streik über das Wirtschaftsleben, das aber wollen die SPD-Führer verhindern, weil sie sonst gezwungen werden, den Kampf gegen die Politik des Bürgerblocks aufzunehmen. In dem Wunsche, den Streik so bald wie möglich beizulegen, ohne ihn erst zu einer Lohnbewegung werden zu lassen, treffen sich alle Parteien, von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen. Die Sicherheit des kapitalistischen Deutschlands steht auch den Sozialdemokraten höher als die Verbesserung der Lebenshaltung der Eisenbahner.
Der Abgeordnete Kauffisch, der gestern im Landtag einen sozialdemokratischen Antrag zum Eisenbahnkampf begründete,

Die Streifflage in Dresden

Die Eisenbahnerbewegung in Dresden steht vor ihrer Ausbreitung über ganz Sachsen und darüber hinaus. Von den am Mittwoch nachmittag stattgefundenen Verhandlungen zur Beilegung des Konfliktes wird über das provokatorische Auftreten der Reichsbahndirektion gegenüber den Vertretern des Einheitsverbandes noch mitgeteilt, daß die Direktion kurz und bündig erklärte:

„Daß das Eisenbahnausbesserungswerk Dresden-Friedrichstadt am 2. Dezember wieder eröffnet werde und daß die Reichsbahndirektion allein bestimme, wer wieder eingestellt wird.“

Diese Erklärung kann nur so gedeutet werden, daß man die Maßregelungen nicht etwa zurücknehmen will, sondern mit noch weiteren Maßregelungen droht. Ueber den Verlauf der Verhandlungen teilt der Einheitsverband Deutscher Eisenbahner gestern in einer Pressemeldung mit:

„Präsident Kluge teilte in diesen Verhandlungen, die bedauerlicherweise gescheitert sind, lediglich mit, daß die örtliche Werkleitung kein Verbot den bezüglich der Durchführung der Bedingungsrichtlinien treffe. Im übrigen wurden Zusammenkünfte an die im Solidaritätsstreik befindlichen Eisenbahnerarbeiter gestellt, die jedwede Verunft vermeiden lassen. Die Organisation schaut sich gar nicht, in aller Öffentlichkeit bekanntzugeben, daß sie in den Verhandlungen unter Berücksichtigung der gegebenen Situation dem Präsidenten Kluge wieder so weit entgegengekommen ist, daß auch die Autorität der Reichsbahnverwaltung nicht gefährdet war. Trotzdem beharrte Präsident Kluge auf seinem ablehnenden Standpunkt. Wie er versicherte, liegen für ihn bis zur Stunde keinerlei Aufträge der Reichsbahnhauptverwaltung vor.
Nunmehr sind gestern abend und heute früh die Eisenbahnerarbeiter sämtlicher Dresdner Eisenbahnbetriebsstellen in den aktiven Solidaritätsstreik eingetreten. In Frage kommen dabei insbesondere die Güterbodenarbeiter, Rangierarbeiter, Heilhausarbeiter, Bahnunterhaltungsarbeiter und sonstige Bahnhofsbetriebsarbeiter. Der Güterverkehr ist damit lahmgelegt. Es ist für die Reichsbahn unmöglich, den Betrieb auf den für ganz Sachsen — es ist der größte — so wichtigen Rangierbahnhof Dresden-Friedrichstadt in der unbedingt erforderlichen Weise aufrechtzuerhalten. Gestern abend entgleisten bereits Güterwagen und führten den Betrieb. Auch heute war, weil die eingerichteten Rangierer fehlen, auf Bahnhof Dresden-Neustadt ein Rangierunfall zu verzeichnen. Gegenwärtig befinden sich nahezu 1000 Betriebsarbeiter im Streik und die Reichsbahn steht bereits von Auswärts Leute herbei.“

Im Ausbesserungswerk Dresden-Friedrichstadt hat die Direktion durch Anschlag die Wiedereröffnung des Werkes für heute bekanntgegeben und zwei Einzeichnungslisten für Arbeitswillige ausgelegt. Die erste Liste ist die der bisher dort Beschäftigten, die zweite Liste die der neu Einstellenden. Auch daraus geht deutlich die Absicht weiterer Maßregelungen hervor. Bisher

haben sich, wie uns mitgeteilt wird, nur 2 Personen in die Liste der neu Eingestellten aufnehmen lassen.

Die Folgen der Erweiterung des Streiktes zeigten sich bereits am gestrigen Tage, die Gleise verstopften sich mit Güterzügen. Die Eisenbahndirektion sah sich gezwungen, anzuweisen, daß die nach Dresden bevorstehenden Züge auf den Bahnhöfen vor Dresden angehalten werden. Auch die Güterbahnhöfe von Chemnitz und Leipzig sind nach hier eingetroffenen Meldungen bereits verstopft.

Die Kampfstimmung der Eisenbahner ist ausgezehrt. Die Opposition im Eisenbahnerverband brachte gestern früh einer überaus gut besuchten Versammlung der Streikenden die bereits gestern von uns veröffentlichten Forderungen für die Fortführung des Kampfes ein. Von der Versammlung wurde die Forderung mit Begeisterung aufgenommen. Die reformistischen Gewerkschaftsführer unternehmen sofort alles, um eine Abstimmung über diese Forderungen, Einbeziehung der Vorforderungen, in den Kampf zu verhindern. Sie erklärten; daß sie nicht nur gewillt, sondern auch bereit seien, den Kampf an Sachsen auszudehnen, daß sie aber die Einbeziehung der Vorforderungen ablehnen müssen, weil sie sonst wegen Tarifbruch belangt würden.

Es gelang den Reformisten auch noch, die Abkühlung zu verhindern. Diese Praxis zeigt, daß die reformistische Führer bestrebt sind, den Kampf, ohne die Lohnfrage zu stellen baldig abzubrechen.

Inzwischen ist auf Grund des Dresdner Kampfes und infolge der Verschleppung der Erhöhung der Ortslohnzulage für die Eisenbahner die Eisenbahnerchaft in Bewegung gekommen. Im Saargebiet sind, die oben bereits gemeldet wurde, die Eisenbahner in den Streik getreten. In Berlin folgt die Kampfstimmung. Ein Kommission von Berliner Eisenbahnerarbeitern sprach gestern ihrer Gewerkschaftsleitung vor. Sie erklärte, wenn die Reichsbahndirektion nicht in kürzester Zeit Verhandlungen über Preislohnzulage einleitet, dann würden die Eisenbahner zur Frage Stellung nehmen und den Streik beschließen.

Um die Bewegung der Eisenbahner und ihre wichtigsten Forderungen in der Öffentlichkeit zu distibulieren, rüht die bürgerliche Presse bereits mit einer unerschämten He. Die Deutsche Tageszeitung, aber auch die tägliche Rundschau des Herrn Stresemann sofort bereitsetzt Sabotageakte in Dresden. Die Tägliche Rundschau schreibt:

„Die Lage in Dresden verschlimmerte sich dadurch, daß die Rangierer vielleicht nicht unabsichtlich einigen wichtigen Weichen Güterwagen zusammenstoßen lie, so daß diese entgleisten und die Gleise sperren. In Dresden-Friedrichstadt fürzte ein Güterwagen so um, daß 3 Schienenringe gesprert sind und die Güter das umliegende Gelände bedeckten.“

Da sämtliche Eisenbahnerarbeiter streiken, kann sich also hier nur um die „Arbeit“ von Streikbrechern handeln